

Lehrstunden der Demokratie

In einem bundesweiten Modell-Programm haben 170 Schulen die politische Bildung vorgebracht

Es sagt sich so leicht dahin, dass die Demokratie mehr ist als der Wahlakt. Dass sie gelebt werden und sich im Kleinen beweisen muss, im Alltag, in den Vereinen und Schulen. Die Schule als Polis – das ist eine schöne Idee, doch in der Realität, in der so vieles an den Schülern und Lehrern zerzt, reduziert sie sich oft auf die Präsentation einiger politischer Fakten im Unterricht.

Wie Schulen demokratischem Handeln und politischen Experimenten mehr Raum geben können, zeigt das vor fünf Jahren eingerichtete Programm „Demokratie lernen und leben“, an dem sich 170 Schulen in 13 Bundesländern beteiligt haben. Angeregt und begleitet von Wissenschaftlern, haben Schüler und Pädagogen begonnen, mehr Politik ins Schulleben zu bringen. Nun ist das Programm, das Bund und Länder mit rund 13 Millionen Euro förderten, ausgelaufen; eine Ergebniskonferenz in Berlin zeigte am Wochenende die Vielfalt der Projekte und Erfahrungen.

Einige Schulen arbeiteten zunächst einmal an der Basis für eine zivile Schulkultur, indem sie Mediationsverfahren und „Erziehungsvereinbarungen“ einführten. Andere machten sich daran, die Gremien zu stärken, Klassenräte zu bilden und den Schülern mehr Mitsprache zu geben. In Hamburg haben Demokratiepädagogen Klassen- und Schulsprecher in Moderationstechniken und Organisationsfähigkeiten trainiert, um sie auf ihre wachsende Bedeutung vorzubereiten. Notwendig ist aber auch eine veränderte Haltung der Lehrer. Klassensprecher müssten wegkommen von der Rolle des Musterschülers und Aufpassers, sagt

der Demokratiepädagoge Tammo Krüger. Oft würden Klassensprecher von Lehrern wie Hilfskräfte betrachtet, bei Konflikten fielen dann solche Bemerkungen: „Gerade von dir als Klassensprecher hätte ich das nicht erwartet!“

Andere Projekte beschränkten sich nicht auf den Lebensraum Schule. In Bremen bildeten rund hundert Jugendliche aus fünf Schulen ein Forschungsteam, das Daten zur Lage auf dem Ausbildungsmarkt sammelte und die Politiker anschließend mit den ernüchternden Ergebnissen konfrontierte. Die Schüler fanden heraus, dass die öffentlich verbreiteten Ausbildungsbilanzen ein viel zu schönes Bild zeichnen.

Reaktion auf rechte Gewalt

Angeblich würde nur eine kleine Minderheit der Bremer Real- und Hauptschulabsolventen ohne Lehrstelle bleiben. Die Schüler gingen der Statistik auf den Grund und stellten fest, dass viele Jugendliche gar nicht erfasst wurden; sie telefonierten Hunderten Schulabgängern hinterher. Ihr Ergebnis – 50 Prozent haben drei Jahre nach Ende ihrer Schulzeit noch immer keine reguläre Lehrstelle – blieb nicht ungehört. Die Presse berichtete, die SPD lud die Schüler in die Bürgerschaft ein. Dort fühlten sie sich allerdings nicht von allen Abgeordneten ernst genommen. Einige lasen Zeitungen und wirkten desinteressiert, erzählt Marlon Liedtke. „Es war erschütternd“, sagt der 17-Jährige, der in Bremen das Schulzentrum Rübekamp besucht.

Auf der Tagung in Berlin provozierte dies die Frage, ob solche Projekte nicht

den paradoxen Effekt haben könnten, den Verdruss der Jugendlichen über die Politik eher noch zu befördern als zu verringern. Es sei schon zwiespältig, antwortete die Schülerin Jonna Lüers. „Einerseits war ich stolz“; sie habe es anfangs nicht für möglich gehalten, mit dem Projekt so weit zu kommen und sogar bis ins Parlament vorzudringen. Andererseits habe es manchmal so ausgesehen, als sei dies für die Profi-Politiker nur eine „Alibi-Veranstaltung“. Es ist also ein aufgeklärter Verdruss, ein reflektierter Groll, den die Schüler nun haben.

Das Modell-Programm möchte die Demokratie ja auch nicht schönzeichnen; sie erfordert eben, das kann und soll den Schülern nicht verborgen bleiben, viel Ausdauer und Toleranz. Als die Bundesländer-Kommission für Bildungsplanung (BLK) das Projekt vor fünf Jahren genehmigte, war dies auch eine Reaktion auf den um sich greifenden Rechtsextremismus und die Gewalt der Neonazis in Rostock und Hoyerswerda. Die Bildungsforscher Wolfgang Edelstein (Max-Planck-Institut für Bildungsforschung) und Peter Fauser (Uni Jena) hatten ein Präventionskonzept entworfen und drängten die Politik zum Handeln.

„Wir haben nur die Schule, um die Demokratie in den Köpfen und Herzen zu verankern“, sagt Edelstein. Er spricht von einem „demokratischen Habitus“, den die Schüler annehmen müssten. Die Jugendlichen sollen lernen, Konflikte fair zu lösen; sie sollen Kommunikationsfähigkeiten entwickeln und Perspektivwechsel einüben. Unter der Leitung des Erziehungswissenschaftlers Gerhard de Haan (FU Berlin) gaben Forscher Anstöße

für die Schulprojekte; sie entwickelten „Praxisbausteine“ und Lehrmaterial, das nun auch anderen Schulen zugute kommt. Auf diese Weise haben die Mitarbeiter bereits vorgesorgt, dass die Arbeit nach dem offiziellen Ende des Programms weitergehen kann.

Opfer der Föderalismusreform

Auf die Politik ist nämlich nur wenig Verlass. Andere BLK-Programme wie „Sinus“ (ein Projekt zur Verbesserung des Mathematik-Unterrichts) erhielten eine zweite Förderphase, in der ein Transfer der gesammelten Erfahrungen in die Breite der rund 40 000 deutschen Schulen organisiert wird. Im Falle von „Demokratie lernen und leben“ kam jedoch die Föderalismusreform dazwischen und mit ihr das Ende der BLK und des Einflusses der Bundesregierung auf die Schulpolitik.

Der Fachbeirat des Programms hat dazu aufgerufen, die Arbeit dennoch fortzuführen. Er hofft, dass die Länder auch ohne den Bund Geld bereitstellen werden. Außerdem haben die Wissenschaftler eine eigene Organisation gegründet, die „Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik“, und Multiplikatoren ausgebildet. Am Wochenende wurden 130 „Berater für Demokratiepädagogik“ zertifiziert. Sie wollen den Schulen Fortbildungen anbieten und sie auf ihrem Weg zu mehr Demokratie begleiten.

TANJEV SCHULTZ

@ Weitere Informationen zu den Schulprojekten im Internet unter www.blk-demokratie.de

Süddeutsche Zeitung 5.3.07